

Antrag

der Fraktion der Deutschen Partei

betr. Angestellte und Beamte in Berlin.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, gemeinsam mit dem Land Berlin zu gewährleisten, daß die in Berlin beschäftigten Angestellten und Beamten nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland ihre sozialversicherungs- und beamtenrechtlichen Ansprüche garantiert erhalten, um die Verlegung weiterer Bundesbehörden nach Berlin zu erleichtern und zu ermöglichen.

Bonn, den 10. Juni 1952

Frau Kalinke
Dr. Mühlenfeld und Fraktion